

Schriftenreihe

***Volkswirtschaftliche
Forschungsergebnisse***

Band 69

ISSN 1435-6872

In der Schriftenreihe ***Volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse*** werden neue wissenschaftliche Arbeiten aus dem Bereich der Volkswirtschaft veröffentlicht.

Verlag Dr. Kovač

Gunter Schall

**Der österreichisch-ungarische
Dualismus
als Integrationskonzept**

Verlag Dr. Kovač

VERLAG DR. KOVAČ

Arnoldstraße 49 · 22763 Hamburg · Tel. 040 - 39 88 80-0 · Fax 040 - 39 88 80-55

E-mail vdk@debitel.net · Internet www.verlagdrkovac.de

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Schall, Gunter:

Der österreichisch-ungarische Dualismus als Integrationskonzept /

Gunter Schall. – Hamburg : Kovač, 2001

(Schriftenreihe volkswirtschaftliche Forschungsergebnisse ; Bd. 69)

Zugl.: Freiburg (i.Br.), Univ., Diss., 2001

ISSN 1435-6872

ISBN 3-8300-0430-3

© VERLAG DR. KOVAČ in Hamburg 2001

Umschlagillustration: Olaf Schwerdtfeger

Printed in Germany

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, fotomechanische Wiedergabe, Aufnahme in Online-Dienste und Internet sowie Vervielfältigung auf Datenträgern wie CD-ROM etc. nur nach schriftlicher Zustimmung des Verlages.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Recyclingpapier „RecyStar“
(Nordic Environmental Label – Blauer Engel – DIN ISO 9706)

VORWORT

Die vorliegende Arbeit entstand in den Jahren 1998 bis 2000 während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für allgemeine Wirtschaftsforschung der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg – zunächst in der Abteilung für Mathematische Ökonomie und später in der Abteilung für Sozialpolitik.

Mein Dank gilt den zahlreichen Personen, die mich in dieser Zeit mit ihrer vielfältigen Hilfe unterstützten und damit an der Erstellung dieses Buches beteiligt waren. Sie gaben mir nicht nur den nötigen Rückhalt, sondern auch die erforderliche Freiheit.

An erster Stelle möchte ich meinem Doktorvater Professor Dr. G. Blümle danken, der mir mit seiner großen Aufgeschlossenheit die Durchführung dieses Projektes ermöglichte und mir bereitwillig mit Rat und Tat zur Seite stand.

Ebenfalls zolle ich Herrn Professor Dr. B. Külp sowohl für seine Diskussionsbereitschaft, die mir immer wieder zu neuen Ideen verhalf, als auch für die Übernahme des Zweitgutachtens großen Dank.

Desweiteren möchte ich meinen Kollegen danken, die sich gern von mir in die Welt von Gestern führen ließen und meinen unaufhörlichen Fragen stets mit offenen Ohren begegneten. Besonderer Dank gilt Frau Dipl. Volksw. Franziska Pankow, die nicht nur für eine optimale Arbeitsatmosphäre sorgte, sondern mich auch mit zahlreichen fachlichen Anregungen unterstützte.

Nicht zuletzt gilt mein Dank Frau Dipl. Volksw. Simone Biering und Herrn Dr. Fritz Schall, die mir nicht nur mit der gründlichen Durchsicht des Manuskripts eine große Hilfe waren.

Freiburg im Breisgau, im März 2001

Gunter Schall

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Abbildungsverzeichnis	12
Tabellenverzeichnis	13
Abkürzungsverzeichnis.....	15
1. Einleitung	17
2. Traditionelle Integrationstheorie	28
2.1. <i>Definition</i>	28
2.2. <i>Das statische Ideal der Integration</i>	29
2.3. <i>Der dynamische Prozeß der Integration</i>	31
3. Dimensionen der Integration	35
3.1. <i>Integration als Liberalisierung</i>	35
3.2. <i>Integration als Harmonisierung</i>	37
3.3. <i>Integration als Systemwettbewerb.....</i>	39
4. Die moderne Integrationstheorie	46
4.1. <i>Verfügbarkeit als Ursache des Außenhandels.....</i>	46
4.2. <i>Monopolistischer Wettbewerb</i>	47
4.3. <i>Neo-Technologie-Hypothese</i>	50
4.3.1. Allgemeiner Ansatz	50
4.3.2. „Technological-gap“-Modell	51
4.3.3. Produktzyklus-Hypothese	54
4.4. <i>Auswirkungen der Handelsliberalisierung</i>	59
4.4.1. Integrationseffekte	59
4.4.2. Integration gleicher und ungleicher Volkswirtschaften.....	62
4.4.3. Ergebnisse.....	66

4.5.	<i>Determinanten der technologischen Dynamik</i>	68
4.5.1.	Das Konzept Nationaler Innovationssysteme	68
4.5.2.	Forschung und Entwicklung	71
4.5.3.	Humankapital.....	75
4.5.4.	Kommunikationsinfrastruktur	79
4.5.5.	Flankierende Institutionen	82
5.	Determinanten des Habsburger Wirtschaftsraums	87
5.1.	<i>Forschung und Entwicklung</i>	87
5.1.1.	Grundlagenforschung	87
5.1.2.	Angewandte Forschung	93
5.2.	<i>Humankapital</i>	97
5.2.1.	Elementarbildung.....	97
5.2.2.	Fachbildung	100
5.2.3.	Voraussetzungen der Humankapitalakkumulation	103
5.3.	<i>Kommunikationsinfrastruktur</i>	107
5.3.1.	Verbreitung formellen Wissens	107
5.3.2.	Verbreitung informellen Wissens	118
5.4.	<i>Flankierende Institutionen</i>	131
5.4.1.	Staatliche Institutionen	131
5.4.2.	Private Institutionen.....	136
6.	Dimensionen dualistischer Integration	141
6.1.	<i>Dualismus als Liberalisierung</i>	141
6.1.1.	Tarifäre Wettbewerbshemmnisse	141
6.1.2.	Nicht-tarifäre Wettbewerbshemmnisse	142
6.1.3.	Natürliche Wettbewerbshemmnisse	151
6.1.4.	Quantitative Darstellung.....	153
6.1.5.	Fazit	158

6.2.	<i>Dualismus und Harmonisierung</i>	161
6.2.1.	Der Ausgleich von 1867	161
6.2.2.	Zoll- und Handelspolitik.....	164
6.2.3.	Geldpolitik	167
6.2.4.	Verbrauchssteuern	173
6.2.5.	Infrastrukturpolitik.....	177
6.2.6.	Heeresorganisation	178
6.2.7.	Fazit	180
6.3.	<i>Dualismus als Systemwettbewerb</i>	184
6.3.1.	Voraussetzungen für Systemwettbewerb.....	184
6.3.2.	Sozialpolitik.....	189
6.3.3.	Subventionspolitik	194
6.3.4.	Fazit	229
7.	Wachstumsmuster in der Habsburgermonarchie	234
7.1.	<i>Vorbemerkungen</i>	234
7.2.	<i>Schätzungen des Wachstumsmusters</i>	235
8.	Schlußbetrachtung	242
	Kartenanhang	247
	Literaturverzeichnis	252

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Produktions- und Absatzbedingungen im Produktzyklus	58
Abbildung 2: Alphabetisierungsquoten in Ungarn nach Nationalitäten	106
Abbildung 3: Staatsausgaben und BIP in Österreich und Ungarn (nominell in Mio. fl. ö.W.)	196
Abbildung 4: Wachstumsraten während des Dualismus	238

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Zusammenarbeit in Integrationsgemeinschaften	34
Tabelle 2: Quellen von Wettbewerbshemmnissen.....	36
Tabelle 3: Erfindungen in Österreich-Ungarn	94
Tabelle 4: Innovationsintensität in Österreich-Ungarn.....	95
Tabelle 5: Großunternehmen im Jahre 1913.....	96
Tabelle 6: Alphabetisierungsquoten (1890) nach Regionen.....	99
Tabelle 7: Veränderung der Alphabetisierungsquoten	100
Tabelle 8: Lehrer-Schüler-Verhältnis an technischen Hochschulen	102
Tabelle 9: Todesursachen je Tausend Einwohner	104
Tabelle 10: In Österreich und Ungarn erschienene Fachblätter	108
Tabelle 11: Ausländische Aktiengesellschaften in Österreich	110
Tabelle 12: In Österreich versteuertes Kapital ausländischer Unternehmen ...	111
Tabelle 13: Ausländischer Besitz an österreichischen Wertpapieren.....	113
Tabelle 14: Aufteilung der Investitionen in Ungarn.....	116
Tabelle 15: Ausländischer Besitz an ungarischen Wertpapieren (1913)	117
Tabelle 16: Binnenschifffahrt im europäischen Vergleich	122
Tabelle 17: Entwicklung des Straßennetzes	123
Tabelle 18: Entwicklung des Eisenbahnverkehrs	125
Tabelle 19: Telefonnetz in Österreich und Ungarn	130
Tabelle 20: Nicht-tarifäre Handelshemmnisse.....	144
Tabelle 21: Verhältnis von Zwischenverkehr und Außenhandel	155
Tabelle 22: Verhältnis Zwischenverkehr und Produktion.....	156
Tabelle 23: Wanderungsbilanz in Österreich-Ungarn in Prozenten.....	187
Tabelle 24: Struktur der ungarischen Staatsausgaben	205
Tabelle 25: Anteil der ausgezahlten Barsubventionen am ungarischen Haushalt	208

Tabelle 26: Struktur der österreichischen Staatsausgaben	215
Tabelle 27: Anteil der Branchen an den bewilligten Barsubventionen und deren Wirkung	225
Tabelle 28: Entwicklung des realen BIP	240

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A ₁	hochqualifizierte Arbeitskraft
A ₂	gelernte Arbeitskraft
A ₃	ungelernte Arbeitskraft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
E	external economies
fl.	Gulden
FuE	Forschung und Entwicklung
GA	Gesetzesartikel (ungarisch)
K	Kapitalintensität
k.k.	kaiserlich-königlich (Institutionen des österr. Reichsteils)
k.u.	königlich ungarisch (Institutionen des ungar. Reichsteils)
k.u.k.	kaiserlich und königlich (gem. Institutionen beider Reichsteile)
N	natürliche Ressourcen
OECD	Organization for Economic Cooperation and Development
ö.W.	österreichische Währung
RGBl.	Reichsgesetzblatt (österreichisch)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization

1. EINLEITUNG

„Und da nun die Geschichte [...] vernichtend geurteilt hat, so wird wohl jeder, der über das Österreich dieser Phase schreibt oder spricht oder denkt oder fühlt, jene Zeit unter dem Gesichtspunkt des endlichen Mißerfolges sehen und verkennen, wie wenig dazu gefehlt hat, daß alles anders gekommen wäre.“¹

Tatsächlich beschreibt Schumpeter hier ein Bild, das lange Zeit die Vorstellungen über die Habsburgermonarchie bestimmte. Good beschreibt diese Sicht als „Lehre vom wirtschaftlichen Versagen der Habsburgermonarchie.“² Dem liegt zugrunde, daß in der Geschichte das Ende von Weltreichen meist mit ihrem wirtschaftlichem Niedergang in Verbindung gebracht wird.³ Verschiedene Beispiele, welche von der Agonie des Römischen Reiches bis zum aktuellen Zusammenbruch der Sowjetunion reichen, scheinen diesen Zusammenhang zu bestätigen. Zudem waren die Urteile über das Wirtschaftssystem der Monarchie lange Zeit stark weltanschaulich geprägt. Insofern fielen in der Vergangenheit die Ergebnisse bezüglich der ökonomischen Auswirkungen der Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Österreich und Ungarn je nach Herkunft des Autors unterschiedlich aus:

Die erste bedeutende ex-post Untersuchung der Habsburgermonarchie stammt von dem Sozialwissenschaftler und Sozialreformer Oszkár Jászi. Dieser vertritt in seiner aus den späten 20er Jahren stammenden Analyse die These, daß die

¹ Schumpeter, J. (1925), S. 64.

² Vgl. Good, D. (1986), S. 12-15.

³ „Whenever we look at declining empires, we notice that their economies are generally faltering. The economic difficulties of declining empires show striking resemblances. It is not unreasonable to try to identify these similarities provided that we keep in mind that individual histories are characterized by important elements of originality.“ Cipolla, C. (1970), S. 1.

österreichisch-ungarische Monarchie vom wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet bereits 1913 ein besiehtes Reich gewesen sei. Sein vernichtendes Urteil begründet er wie folgt:

„The Austro-Hungarian customs union became more and more a pseudo free-trade organization, an instrument for economic exploitation, for checking economic progress, and was injurious from the point of view of the laboring classes.“⁴

Auch wenn Jászis Ausführungen nur am Rande eine ökonomische Analyse darstellen, beeinflussten sie dennoch die Forschung in der Zwischenkriegszeit und auch darüber hinaus nachhaltig.

Bei den ungarischen Historikern dominierte in den 50er Jahren das Bild, welches Ungarn in einem kolonialen oder halbkolonialen Abhängigkeitsverhältnis zu Österreich sah. Diese Darstellung wurde später zwar etwas differenziert, doch wurde weiterhin die Abhängigkeit Ungarns von österreichischem Kapital betont und mit Erziehungs- und Schutzzollargumenten die negativen Auswirkungen der Zollunion auf die ungarische Wirtschaft erläutert. Erst um die Mitte der 60er Jahre begann eine Gruppe liberal-marxistischer Wirtschaftshistoriker vom Institut für Geschichte der ungarischen Akademie der Wissenschaften die positiven Aspekte der Zollunion gegenüber den negativen abzuwägen. So konstatiert Hanák in seinem bahnbrechenden Artikel aus dem Jahre 1967, daß die unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt durchaus positive Lage in der Monarchie auf die Mehrheit der herrschenden und Mittelschichten dergestalt wirkte, daß diese zu den die Monarchie aufrechterhaltenden, integrativen Kräften zu zählen sind.⁵

Obwohl ungarische Wissenschaftler auch weiterhin der wirtschaftlichen Vereinigung mit Österreich die Schuld an der Überentwicklung des Agrarsektors und

⁴ Jászis, O. (1929), S. 212.

der späten Industrialisierung Ungarns geben und damit einer nationalistisch-protektionistischen Argumentation folgen - insbesondere wird das Fehlen einer Textilindustrie bemängelt, welche gerne als Schlüssel zur Industrialisierung angesehen wird - entwickelt sich die Diskussion um die österreichisch-ungarische Wirtschaftsgemeinschaft mehr und mehr von einem weltanschaulich geprägten Disput zu einem auf ökonomische Theorien und empirische Fakten gestützten Diskurs.

Die erste Untersuchung, welche sich solche quantifizierenden Methoden zunutze macht, stammt von Gross.⁶ Schwerpunkt dieser und weiterer Untersuchungen von Eddie, Huertas, Rudolph, Good und Komlos, welche aus den 70er und frühen 80er Jahren stammen, ist die Abschätzung der industriellen Wachstumsraten in der Monarchie. Erstmals seit dem Ende der Habsburgermonarchie versuchten diese Wirtschaftshistoriker, ihr Urteil über die Wirtschaft der Habsburgermonarchie nicht auf soziale und politische Rahmenbedingungen zu stützen, sondern Daten zu beschaffen, welche die Wirtschaftsleistung der Monarchie unmittelbar widerspiegeln. Aufgrund dieser Forschungen steht heute ausreichend empirisches Material bereit, um den Paradigmenwechsel in der Erforschung der Habsburgischen Wirtschaftsgeschichte zu bekräftigen.⁷

Gründe dafür, den Fall der Habsburgermonarchie erneut zu beleuchten, sind neben den genannten Ergebnissen der Wirtschaftshistoriker die neueren Erkenntnisse der ökonomischen Integrationsforschung. Ungefähr parallel mit dem politischen Integrationsprozeß innerhalb Europas wurden in der Forschung so-

⁵ Vgl. Hanák, P. (1967), S. 302.

⁶ Vgl. Gross, N. (1971).

⁷ Indes wurde die „Lehre vom wirtschaftlichen Versagen der Habsburgermonarchie“ zwar von verschiedenen Wirtschaftshistorikern wie Alexander Gerschenkron weiter vertreten, doch kann diese Diskussion seit den 90er Jahren als beigelegt und der Paradigmenwechsel als vollzogen betrachtet werden.

wohl integrationspolitische Konzepte diskutiert als auch Theorien entwickelt, welche zur empirischen Bewertung der vollzogenen Integrationsschritte herangezogen werden können.⁸

Einerseits ist die Integrationstheorie Inhalt ordnungsökonomischer Überlegungen. Bereits vor der Bildung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft wurde erstmals die Forderung nach Harmonisierung der gesetzlichen Rahmenordnung erhoben. Dabei wurde die Ansicht vertreten, daß eine Angleichung der Lohnnebenkosten in den einzelnen Ländern eine notwendige Voraussetzung für die europäische Integration ist. Nachdem lange Zeit versucht worden war, das Ziel eines europäischen Binnenmarktes durch eine schrittweise Harmonisierung der Wirtschaftsordnungen zu erreichen, setzte in den 70er Jahren die Furcht ein, daß dieser Integrationsansatz politische Zentralisierungstendenzen mit sich bringt und damit die Souveränität der Mitgliedstaaten einschränkt.⁹ In Folge griffen zahlreiche Ökonomen und Politikwissenschaftler die zuvor in Nordamerika geführte Diskussion um den Föderalismus auf. Anknüpfend an die auf Tiebout (1956) zurückgehende Idee des institutionellen Wettbewerbs wurden aus verschiedenen Fachrichtungen die Standortentscheidungen von Inhabern mobiler Ressourcen untersucht.¹⁰

Andererseits sind ökonomische Integrationsprozesse nicht nur Forschungsgegenstand von Ordnungsökonomien, sondern auch ein Spezialgebiet der Außenhandelstheorie. Während Integration im Sinne der Ordnungsökonomie lediglich die verschiedenen Wege, über die das Integrationsziel erreicht werden kann,

⁸ Vgl. Breuss, F. (1992), S. 608.

⁹ Als Wendepunkt der europäischen Integrationspolitik wird häufig das Urteil über den Cassis-de-Dijon von 1979 angesehen.

¹⁰ Während in dieser Untersuchung der Begriff „Systemwettbewerb“ verwendet werden soll, werden in der Finanzwissenschaft ähnliche Sachverhalte unter dem Begriff „Fiskalföderalismus“ behandelt. Ebenso dienen Begriffe wie „Standortwettbewerb“, „Wettbewerb von Jurisdiktionen“ und „Regulierungswettbewerb“ zur Beschreibung dieses Phänomens.

beschreibt, stehen hier die Auswirkungen der Liberalisierung des Güter- und Faktortausches zur Diskussion. Auch wenn die seit der Zwischenkriegszeit diskutierte Zolltheorie nicht wirklich zur Integrationstheorie gezählt werden kann, gelang es schließlich Viner (1950) - zwei Jahre vor Gründung der Montanunion - die Effekte einer Zollunion theoretisch darzustellen. Demnach schafft die Zollunion Handel innerhalb ihrer Mitglieder und schottet sich gegenüber Drittländern ab. Die Zollunionstheorie lieferte damit die erste analytische Rechtfertigung, um nationale Ökonomien zu einem gemeinsamen Wirtschaftsraum zu verschmelzen. Jedoch handelt es sich bei Viner lediglich um statische Effekte eines Zollabbaus. Dynamische Effekte oder Wachstumseffekte, welche die Auswirkungen von economies of scale berücksichtigen, wurden erstmals explizit von Corden (1972) in die Theorie der Zollunion eingeführt.

Ebenso wurden theoretische Überlegungen bezüglich der Bedingungen für und der Anpassungsprozesse in optimalen Währungsgebieten zu Beginn der 60er Jahre angestellt, während politische Überlegungen zu einer Währungsunion erstmals im Werner-Plan 1969 angesprochen wurden.¹¹ Ebenfalls in den 60er Jahren wurde die Bedeutung des intra-industriellen Handels als Phänomen zunehmender Integration in Europa entdeckt.¹² Da sich solche Handelsbeziehungen mit den traditionellen Außenhandelstheorien allerdings nicht hinreichend erklären ließen, entwickelten die Vertreter der Neuen Außenhandelstheorie auf der Ausnutzung von Marktunvollkommenheiten beruhende Erklärungsansätze für den Austausch ähnlicher Güter zwischen Ländern mit ähnlicher Faktorausstattung.

Während 1992 ein weiterer bedeutender Schritt zur politischen Integration in der EU durch den Beschluß der Maastricht-Verträge vollzogen wurde, erfolgte

¹¹ Vgl. Mundell, R. (1961).

¹² Vgl. Verdoorn, P. (1960) für das Beispiel der Zollunion der Benelux-Staaten und Balassa, B. (1966) für die gesamte EWG.

fast zeitgleich eine wesentliche Weiterentwicklung in der Integrationstheorie. Ende der 80er Jahre begründeten mehrere Autoren die Neue Wachstumstheorie, deren Gedanken sehr rasch auf die Außenwirtschaftstheorie übertragen worden sind.¹³ Der Grundgedanke dieser Theorie ist, daß nicht von einem exogen vorgegebenen technischen Fortschritt ausgegangen wird, der wie „Manna vom Himmel“ fällt, sondern economies of scale und Lerneffekte diesen endogen erklären.

Neben einer sachlichen Eingrenzung ist es für historische Untersuchungen von großer Bedeutung, den relevanten Zeitrahmen zu definieren. Untersuchungen, welche sich den letzten Jahrzehnten der Habsburgermonarchie widmen, betrachten häufig die Herrschaftszeit Franz Josephs I, der von 1848 bis 1916 als Kaiser von Österreich und König von Ungarn regierte.¹⁴ Dieser Zeitraum ist für wirtschaftshistorische Untersuchungen der Monarchie besonders deshalb geeignet, da infolge der Revolutionsjahre 1848/49 zahlreiche Reformen in der Wirtschaft sowie auf den Gebieten der Verwaltung, der Justiz sowie dem Finanz- und Bildungswesen durchgeführt wurden. Somit wurden in diesen Jahren die Grundlagen für die weitere Entwicklung der Monarchie geschaffen. Insbesondere ist hier die Aufhebung der feudalen Agrarverfassung hervorzuheben, welche als gesellschaftliche Voraussetzung der industriellen Revolution angesehen wird. Zudem ist für die Integration zu einem gemeinsamen Habsburger Wirtschaftsraum die im Jahre 1850 beschlossene Aufhebung der Zwischenzolllinie im österreichisch-ungarischen Binnenhandel von Bedeutung.

Ein weiterer wesentlicher Einschnitt in der jüngeren Geschichte der Habsburgermonarchie war der sogenannte „Ausgleich“ von 1867, welcher die staats-

¹³ Zu den Pionierarbeiten der Neuen Wachstumstheorie sind die Ansätze von Romer, P. (1986) und Lucas, R. (1988) zu zählen, erste Übertragungen auf die Außenwirtschaftstheorie wurden von Helpman, E. (1988) durchgeführt.

rechtliche Separierung von Österreich und Ungarn besiegelte. Das Kaisertum Österreich wurde zur Doppelmonarchie umgewandelt, und damit das Zeitalter des Dualismus eingeläutet. Die österreichische und die ungarische Reichshälfte sind fortan gleichberechtigte, aber selbständige Staatsgebilde, die lediglich durch die Person des Kaisers und gewisse supranationale Institutionen verbunden sind.

In den zwei Jahrzehnten zwischen 1848 und 1867 bekam die Habsburgermonarchie allerdings nicht nur durch die genannten inneren Reformen ein neues Gesicht, sondern auch durch außenpolitische Veränderungen:

Einerseits wurde die Monarchie im Bereich der Außenhandelspolitik zunehmend isoliert. So vereinigten sich die deutschen Staaten, welche zu den bedeutendsten Handelspartnern der Monarchie zählten, im Jahre 1854 ohne Beteiligung Österreichs zum Deutschen Zollverein. Bestrebungen von seiten der Monarchie, einen gewissen Einfluß auf das im Entstehen begriffene Deutsche Reich zu erhalten, wurden schließlich 1866 durch das endgültige Ausscheiden aus dem Deutschen Bund zunichte gemacht. Letztendlich bedeutet der Durchbruch der kleindeutschen Lösung aber auch das Ende der Vormachtstellung der Deutschösterreicher in der Habsburgermonarchie.

Andererseits war die Zeit vor dem Ausgleich auch durch Gebietsveränderungen der Monarchie gekennzeichnet, welche im wesentlichen auf die Gründung Italiens zurückzuführen sind. So fiel die Lombardei, welche für Österreich vor allem wirtschaftlich von Bedeutung war, nach der Schlacht bei Solferino 1859 an Sardinien. Außerdem wurde, als Preis für die Neutralität Frankreichs im preußisch-österreichischen Krieg, Venetien im Jahre 1866 an Italien abgetreten. Der Habsburger Wirtschaftsraum erfuhr also in der Zeit von 1848 bis 1867 zahlreiche Veränderungen, welche sowohl auf einen Wandel der internen und externen

¹⁴ Vgl. März, E. (1968) bzw. Matis, H. (1972).

Rahmenbedingungen als auch auf konkrete Gebietsverluste zurückzuführen sind.

Insofern ist es sinnvoll, das Jahr 1867 als Ausgangsjahr für die nachfolgende Untersuchung anzunehmen. Zudem kann erst im Zeitalter des Dualismus von einer endgültigen Durchsetzung des modernen Industriesystems gesprochen werden, was eine Voraussetzung für die Anwendung aktueller volkswirtschaftlicher Theorien ist.¹⁵ Das Ende des Betrachtungszeitraumes festzulegen, bereitet hingegen weniger Schwierigkeiten. Spätestens im Jahre 1918, noch bevor das ehemalige Weltreich im Zuge der Pariser Vorortverträge zerschlagen wurde, beendeten Republikausrufungen in verschiedenen Teilen des Reiches die Herrschaft der Habsburger. Allerdings war das Wirtschaftsgeschehen innerhalb, aber auch außerhalb der Monarchie spätestens seit dem Sommer des Jahres 1914 von den Erfordernissen des Krieges geprägt, weshalb eine Betrachtung über diesen Zeitpunkt hinaus aus ökonomischer Sicht keinen Sinn macht.

Gegenstand dieser Arbeit soll die Frage sein, inwieweit für den Zeitraum zwischen 1867 und 1914 von einer Integration zwischen Österreich und Ungarn gesprochen werden kann, d.h. ob der Dualismus oder seine verschiedenen Institutionen ein Integrationskonzept für die Habsburgermonarchie darstellen. So steht diese Arbeit einerseits in der Tradition zahlreicher Wirtschaftshistoriker, welche sich seit der Auflösung dieses Großwirtschaftsraumes mit dem Thema der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit der Monarchie beschäftigt haben. Dabei soll allerdings weniger die wirtschaftliche Entwicklung einzelner Teilräume betrachtet werden, sondern vielmehr deren wirtschaftliche Verflechtung. Andererseits ermöglichen die Erkenntnisse der modernen Integrationstheorie dieses Thema erneut zu beleuchten, um somit weitere Antworten auf die Frage nach

¹⁵ Vgl. Matis, H. (1972), S. 19.

dem Nutzen der wirtschaftlichen Vereinigung zu geben. Die Vorgehensweise ist dabei wie folgt:

Kapitel 2 gibt einen kurzen Überblick über die traditionelle Sicht der Integrationstheorie. Anhand verschiedener Definitionen soll der Tatbestand der Integration näher durchleuchtet werden, um somit auch einen Eindruck von den unterschiedlichen Ansätzen der Integrationstheorie zu ermöglichen. Anschließend soll insbesondere auf den Kontrast zwischen der statischen und der dynamischen Auffassung des Integrationsbegriffs näher eingegangen werden.

Welche Dimensionen der Integration sich entsprechend einer ordnungsökonomischen Herangehensweise an des Thema ergeben, zeigt Kapitel 3. Ziel dieser Betrachtung ist es, institutionelle Funktionsbedingungen des Integrationsprozesses herauszustellen. Dabei zeigt sich, daß entsprechend dem gewählten integrationspolitischen Konzept unterschiedliche Regelrahmen erforderlich sind. Während Liberalisierung vor allem ein ökonomisches Integrationskonzept darstellt, werden mit Harmonisierung und Systemwettbewerb zwei Konzepte der politischen Integration gegenübergestellt.

Im 4. Kapitel geht es dann um die Frage, wie die vollzogenen Integrations-schritte zu bewerten sind. Entsprechende Methoden bieten die neueren Ansätze der Außenwirtschaftstheorie, welche die Verfügbarkeit von Gütern und nicht die Preisdifferenzen aufgrund unterschiedlicher Produktionskosten als Ursache des Handels sehen. Mit der Theorie des monopolistischen Wettbewerbs und der Neo-Technologie-Hypothese sollen zunächst die beiden Ausgangspunkte dargestellt werden, von denen aus die Möglichkeiten, Verfügbarkeitsvorteile bezüglich bestimmter Güter zu erlangen, erklärt werden. In Verbindung mit den Erkenntnissen der Neuen Wachstumstheorie erlauben diese Ansätze nun, Aussagen über dynamische Integrationseffekte zu treffen. Daher sollen anschließend in Kapitel 4.4. anhand eines auf Rivera-Batiz und Romer zurückgehenden Modells die unterschiedlichen Auswirkungen einer Handelsliberalisierung unter-

sucht werden. Insbesondere werden dabei die durch den Abbau der Handelsbeschränkungen ausgelösten Technologie-, Redundanz- und Allokationseffekte eingehend analysiert. Da das verwendete Modell eine Möglichkeit zur Bewertung der Integration von heterogenen Volkswirtschaften bietet, eignet es sich für die vorliegende Untersuchung besonders gut. Im Gegensatz zu den traditionellen Modellen der Neoklassik gehen diese Erklärungen dynamischer Integrationseffekte allerdings nicht von gegebenen Technologieunterschieden aus. Vielmehr ist nun von Interesse, den technischen Fortschritt mikroökonomisch zu fundieren. Entsprechende Untersuchungen, welche institutionelle Rahmenbedingungen in Hinblick auf die Innovationsfähigkeit einzelner Länder betrachten, werden unter dem Begriff „Nationale Innovationssysteme“ zusammengefaßt. Die wesentlichen Elemente des Integrationsmodells lassen sich somit näher definieren. Eine solche Untersuchung der Determinanten der technologischen Dynamik soll in Kapitel 4.5. vorgenommen werden, welches sich insbesondere den Bereichen Forschung und Entwicklung, Humankapital, Kommunikationsinfrastruktur und den flankierenden Institutionen widmet.

Im Anschluß an diese theoretischen Untersuchungen sollen dann die getroffenen Erkenntnisse auf das Beispiel der Habsburgermonarchie übertragen werden. Zunächst werden in Kapitel 5 die Determinanten des Habsburger Wirtschaftsraums analysiert. Die Vorgehensweise entspricht dabei dem bereits vorgestellten Konzept Nationaler Innovationssysteme.

Kapitel 6 widmet sich daraufhin der Frage, welche der im Rahmen der ordnungsökonomischen Analyse herausgearbeiteten Integrationskonzepte für den Fall der Habsburgermonarchie zutreffend sind. Eine empirische Überprüfung der im Rahmen des außenwirtschaftlichen Modells getroffenen Aussagen bezüglich der zu erwartenden Integrationseffekte soll in Kapitel 7 vorgenommen werden. Grundlage dieser Betrachtung sind die im Zuge der wirtschaftshistori-

schen Diskussion um das wirtschaftliche Versagen der Habsburgermonarchie gesammelten Daten.